

BRÜSSELER NOTIZEN

zur Außen- und Entwicklungspolitik

Ausgabe vom
2. Dezember 2022

Berichtszeitraum: 3.11.2022 bis 1.12.2022

Inhalt:

- EU-Entwicklungsministerrat: Beziehungen mit Afrika im Fokus
- Entwicklungspolitische Partnerschaften auf dem G20-Gipfel in Bali
- Global Gateway Initiative: EU verkündet Investitionen in Afrika und Zentralasien
- EU-Außenpolitik: Rat unterstützt Frauenförderung und Region der Großen Seen
- Weltklimakonferenz: Die EU zeigt sich ambitioniert
- Außenhandel: EU schließt erstes nachhaltiges Investitionsabkommen mit Angola
- Westbalkan-Gipfel in Berlin: EU stellt 1 Milliarde Euro für Energiebereich bereit
- EU-Parlament fordert Stärkung der Finanzarchitektur zur Entwicklungsförderung
- EU startet EUMAM Ukraine und unterstützt Moldau mit Energieförderpaket
- Südliche Nachbarschaft: EU fördert nachhaltige blaue Wirtschaft und Konnektivität
- EU-Zentralasien: Engagement für verstärkte Beziehungen
- Kurzmeldungen

EU-Entwicklungsministerrat: Beziehungen mit Afrika im Fokus

Am 28. November 2022 [diskutierten](#) die für Entwicklungszusammenarbeit zuständigen Ministerinnen und Minister im EU-Außenrat Stand und Entwicklungen in den EU-Afrika-Beziehungen seit dem [Gipfel](#) zwischen EU und AU im Februar 2022. Dabei standen vor allem die Auswirkungen des Ukraine-Kriegs auf die Ernährungssicherheit im Fokus, ebenso die EU-Investitionen im Rahmen von Global Gateway. Ein ursprünglich geplanter Austausch mit dem Vorsitzenden der Kommission der Afrikanischen Union, Moussa Faki, fand nicht statt. Am 28. November bilanzierten die [Europäische und Afrikanische Kommission](#) die Umsetzung der auf dem Februar-Gipfel eingegangenen Verpflichtungen. Die Minister erörterten darüber hinaus die EU-Krisenreaktion in der Ukraine und in Afghanistan und beschlossen einen künftig proaktiveren Ansatz durch „Team Europe“. Der Rat nahm auch Schlussfolgerungen zum Jugendaktionsplan für das auswärtige Handeln der EU an. DIETRICH JOHN

Entwicklungspolitische Partnerschaften auf dem G20-Gipfel in Bali

Trotz einer Fixierung auf die aktuellen großen weltpolitischen Themen wie Ukrainekrieg, Energieversorgung und Klimaschutz wurden auf dem G20-Gipfel in Bali vom 15. und 16. November 2022 auch entwicklungspolitische Richtungsentscheidungen getroffen. Zu erwähnen ist dabei das Bekenntnis auf der von EU, USA und Indonesien ausgerichteten Nebenveranstaltung zur „Partnerschaft für globale Infrastruktur und Investitionen (PGII)“ mit einer Reihe von neuen Projekten. Bereits auf dem G7-Gipfel in Elmau war für die neue Partnerschaft die Bereitstellung von 600 Mrd USD zur Investition in Infrastrukturprojekte bis 2027 beschlossen worden. Zentral ist die im Rahmen von PGII neu ins Leben gerufene „Partnerschaft für eine gerechte Energiewende ([JETP](#))“ der Staaten der G7 und der International Partners Group (IPG). Dafür sollen in den kommenden drei bis fünf Jahren zunächst 20 Mrd. US-Dollar an öffentlichen und privaten Mitteln mobilisiert werden, darunter 1 Mrd. € Unterstützung durch die Europäische Investitionsbank. Zu den weiteren Ergebnissen des G20-Treffens in Bali zählen das Bekenntnis zur Aufstockung der IWF-Mittel zum Kampf gegen Armut auf 100 Mrd. Dollar, die Stärkung der Global Health Governance unter WTO-Führung und die Gründung eines globalen Pandemie-Fonds mit 1,4 Mrd. US-Dollar. DR THOMAS LEEB

Global Gateway Initiative: EU verkündet Investitionen in Afrika und Zentralasien

Im Rahmen von „Global Gateway“ vermeldet die EU zahlreiche neue Projekte. Am 3. November 2022 wurde ein [EU-finanziertes Infrastrukturprojekt](#) zwischen Kamerun und Nigeria eröffnet, das die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) und die Zentralafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (ECCAS) verbindet und zu sozioökonomischer Integration beiträgt. Am 19. November wurde in Kenia mit der Einweihung eines ersten Abschnitts der [modernisierten Autobahn](#) entlang des verkehrsreichsten Handels- und Transportkorridors Ostafrikas der internationale Handel gestärkt. Am 16. November 2022 stellten die EU und die AU auf der COP27 eine [neue Team-Europa-Initiative](#) für Klimaanpassung und -resilienz in Afrika vor. Es werden 1 Mrd. EUR bereitgestellt, 60 Mio. EUR davon für die Kompensation von Verlusten und Schäden. Auf der EU-Zentralasien Konnektivitätskonferenz vom 18. November 2022 kündigte EU-Außenbeauftragter [Josep Borrell](#) 300 Mio. EUR in den nächsten vier Jahren für regionale Projekte für nachhaltige Konnektivität an. Zudem wurden [zwei Initiativen](#) zu Wasser, Energie und Klimawandel sowie digitaler Konnektivität lanciert. LUKAS HIRSCH

EU-Außenpolitik: Rat unterstützt Frauenförderung und Region der Großen Seen

Der EU-Außenrat nahm am 14. November 2022 [Schlussfolgerungen](#) zur Thematik „Frauen, Frieden und Sicherheit“ an. Hierbei steht das Ziel, Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter in den Mittelpunkt der Bemühungen für Frieden und Sicherheit zu stellen, im Fokus. Ferner greift die EU die

anhaltende Verschlechterung der Lage für Frauen und Mädchen in Iran und Afghanistan sowie im Zuge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine auf. Die EU bekräftigt die Forderung nach einer Stärkung der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Mädchen, einschließlich in zivilgesellschaftlichen Organisationen, in allen Phasen von Konfliktzyklen auf. Zudem attestierten die Außenminister der afrikanischen Region der Großen Seen eine besondere geostrategische Bedeutung und sozioökonomisches Potenzial. Die EU-Strategie für die Region wird deshalb auf der Dezembertagung des Außenrats erneuert, um Vertrauen, Handel und regionale Integration zu fördern. CONSTANTIN BLASCHKE

Weltklimakonferenz: Die EU zeigt sich ambitioniert

Die von EU-Kommissionspräsidentin [Ursula von der Leyen](#) gezogene Bilanz der 27. Weltklimakonferenz (COP27), die vom 6. bis zum 18. November 2022 in Sharm El-Sheikh stattfand, fiel gemischt aus. Die Einrichtung eines speziellen Fonds für klimabedingte Schäden und Verluste sei zwar ein „Schritt in Richtung Klimagerechtigkeit“. Gleichzeitig bemängelte von der Leyen aber, dass die größten Emittenten sich nicht dazu verpflichtet hätten, fossile Brennstoffe schrittweise abzubauen. Die EU nutzte die COP27 auch, um den Ausbau der erneuerbaren Energien weltweit zu beschleunigen. So schloss Brüssel eine strategische Partnerschaft mit [Namibia](#) zu nachhaltigen Rohstoffen und erneuerbarem Wasserstoff; mit [Indonesien](#) für eine gerechte Energiewende; sowie mit [Ägypten](#) eine strategische Partnerschaft für erneuerbaren Wasserstoff. Mit Guyana, der Mongolei, der Republik Kongo, Uganda und Sambia lancierte Brüssel eine [Waldpartnerschaft](#). MICHELLE WIESNER

Außenhandel: EU schließt erstes nachhaltiges Investitionsabkommen mit Angola

Die [EU-Kommission](#) schloss am 18. November 2022 die Verhandlungen mit Angola über das erste Abkommen zur Erleichterung nachhaltiger Investitionen ab. Ziel ist es, die ökonomische Diversifizierung Angolas zu unterstützen sowie Umwelt- und Arbeitnehmerstandards zu verankern. Damit unterstreicht die EU ihren Anspruch, Nachhaltigkeit und nachhaltige Entwicklung durch ihre Handelspolitik zu fördern. Langfristig ebnet das Abkommen den Beitritt Angolas zum regionalen EU-Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit der Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika. CONSTANTIN BLASCHKE

Westbalkan-Gipfel in Berlin: EU stellt 1 Milliarde Euro für Energiebereich bereit

Am 3. November 2022 trafen sich die Staats- und Regierungschefs der Westbalkanstaaten und von neun EU-Mitgliedstaaten sowie Großbritanniens zum 9. Gipfel im Rahmen des Berliner Prozesses in Berlin. Dabei kündigte die EU ein [Energie-Unterstützungspaket](#) in Höhe von 1 Mrd. EUR an. Die Hälfte der Mittel sollen im Wege von Budgethilfen Haushalte und KMUs dabei helfen, die hohen Energiepreise zu stemmen. Die andere Hälfte wird die Diversifizierung der Energieversorgung durch nachhaltige Investitionen fördern, insbesondere im Bereich von erneuerbaren Energien, gesteigerter Energieeffizienz sowie beim Ausbau von Gas- und Stromverbindungsleitungen. DIETRICH JOHN

EU-Parlament fordert Stärkung der Finanzarchitektur zur Entwicklungsförderung

Das [Europäische Parlament](#) führte am 23. November 2022 eine Debatte über die europäische Finanzarchitektur zur Förderung der Entwicklung. Unter anderem soll sichergestellt werden, dass Partner die Sozial-, Menschenrechts-, Rechtsstaatlichkeits- und Umweltstandards der EU einhalten. Zudem sollen mit EU-Geldern keine Projekte finanziert werden, die den Klimawandel verschärfen. Die [EVP-Fraktion](#) betonte die Notwendigkeit, die Koordinierung zwischen der EU und den Mitgliedstaaten zu verbessern, die lokale Eigenverantwortung zu stärken und nicht-traditionelle Geber besser in die Entwicklungszusammenarbeit der EU einzubeziehen. CONSTANTIN BLASCHKE

EU startet EUMAM Ukraine und unterstützt Moldau mit Energieförderpaket

Der [Rat der EU](#) hat am 15. November 2022 die militärische Unterstützungsmission der Europäischen Union zur Unterstützung der Ukraine (EUMAM Ukraine) eingeleitet. Ziel der Mission ist, die militärischen Fähigkeiten der ukrainischen Streitkräfte zu stärken. Am 10. November 2022 stellte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen das [zusätzliche Energieförderpaket](#) der EU für die Republik Moldau vor, das 200 Mio. EUR für die Deckung des Gasbedarfs umfasst. Ferner sollen die am stärksten gefährdeten Personen mit 50 Mio. EUR unterstützt werden. MICHELLE WIESNER

Südliche Nachbarschaft: EU fördert nachhaltige blaue Wirtschaft und Konnektivität

Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, die Europäische Investitionsbank und die Union für den Mittelmeerraum verabschiedeten am 8. November 2022 die Initiative "[Blue Mediterranean Partnership](#)", mit der die Entwicklung einer nachhaltigen blauen Wirtschaft in der südlichen Nachbarschaft gefördert werden soll. Die Partnerschaft wird Investitionen und politische Reformen unterstützen, etwa im Bereich des Küstenschutzes. Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell nahm am 24. November 2022 am Regionalforum "Union für den Mittelmeerraum" teil und betonte, dass die Konnektivität beider Kontinente gefördert werden müsse. Daher starte die EU das MEDUA-Programm für den Bau eines Unterwasserkabelsystems im westlichen Mittelmeer. MICHELLE WIESNER

EU-Zentralasien: Engagement für verstärkte Beziehungen

Knapp drei Wochen nach dem Gipfel der zentralasiatischen Staatschefs mit EU-Ratspräsident Charles Michel fand am 18. November 2022 das [18. Treffen EU-Zentralasien auf Außenministerebene](#) in Usbekistan statt. Dabei bekräftigten beide Seiten die Verstärkung der Beziehungen, vor allem beim „grünen“ Aufschwung infolge der Pandemie sowie beim Umgang mit regionalen Fragen, etwa den Entwicklungen in Afghanistan oder den Auswirkungen des Ukraine-Kriegs. Die EU und Zentralasien unterstrichen auch die Verpflichtung der EU und der zentralasiatischen Länder, die UNO-Charta und internationales Völkerrecht zu wahren. Als Ko-Vorsitzender [betonte](#) der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell die Notwendigkeit, die Konnektivität zwischen den beiden Regionen durch nachhaltige Investitionen auszubauen. Er traf am 17. November zudem den kasachischen Präsidenten Kassym-Schomart Tokajew, der am 20. November wiedergewählt wurde. Hierzu kritisierte die EU in einem [Statement](#) den mangelnden Wettbewerb im Vorfeld der Wahlen. DIETRICH JOHN

Kurzmeldungen DIETRICH JOHN

- Am 29. November fand der [45. AKP-EU-Ministerrat statt](#) Von 29. Oktober bis 2. November tagte zudem die [Paritätische Parlamentarische Versammlung EU-AKP](#).
- Am 1. Dezember 2022 [führte](#) EU-Ratspräsident Charles Michel hochrangige Gespräche in China.

Dr. Thomas Leeb, Leiter Europa-Büro Brüssel der Hanns-Seidel-Stiftung e.V.

Unter Mitarbeit von **Constantin Blaschke**, **Lukas Hirsch**, **Dietrich John**, **Michelle Wiesner**

Impressum

Hanns-Seidel-Stiftung e.V. | Lazarettstraße 33 | 80636 München | www.hss.de

Vorsitzender: Markus Ferber, MdEP | Generalsekretär: Oliver Jörg

Für Rückfragen zum Inhalt erreichen Sie das Büro Brüssel unter

Tel. +32 2 230-5081 | E-Mail: brussels@hss.de